



Gescheiterte Globalisierung

Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates

Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt
Suhrkamp © 2018
410 Seiten

Bewertung

8 Wichtigkeit
8 Innovationsgrad
9 Stil

Fokus

Führung & Management
Strategie
Marketing & Verkauf
Finanzen
Personalwesen
IT, Produktion & Logistik
Karriere & Selbstmanagement
KMU
Wirtschaft & Politik
Branchen
Business weltweit
Verwandte Themen

Take-aways

- Die Marktwirtschaft benötigt eine neue wirtschaftstheoretische Grundlage.
- Die Neoklassik ist eine unrealistische Kunstlehre.
- Die einzelnen Wirtschaftsakteure stecken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, die sie weder erkennen noch steuern können.
- Der Staat erledigt viele Aufgaben erheblich besser, als die Ökonomen es ihm zugestehen.
- Die Schuldenbremse muss weg: Steigender Wohlstand und steigende Staatsschulden gehören zusammen.
- Globalisierung und Freihandel nach neoliberalem Rezept erfüllen nicht die hohen Erwartungen an weltweiten Wohlstand.
- Deutschland hat seine Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnrückerei erhöht, ohne eine Aufwertung seiner Währung oder Importzölle geschädigter Länder fürchten zu müssen.
- Gesamtwirtschaftlich sinnvoll sind Lohnsteigerungen, Flächentarifverträge, ein internationales Wechselkursregime und eine aktive Rolle des Staates.
- Je stärker die Arbeitsteilung, desto höher ist die Abhängigkeit des Einzelnen von staatlicher Daseinsvorsorge.
- Freihandel ist nicht prinzipiell effizient und zum Wohl beider Seiten. Die Abwehr von Warenströmen kann gerechtfertigt sein, etwa als Reaktion auf protektionistische Lohnsenkungen in Hochlohnländern.

Relevanz

Das lernen Sie

Nach der Lektüre dieser Zusammenfassung wissen Sie: 1) welche herrschenden ökonomischen Lehren im krassen Widerspruch zur ökonomischen Realität stehen, 2) warum Deutschland als Exportweltmeister an den Pranger statt aufs Podest gehört und 3) wie eine gesamtgesellschaftlich sinnvolle Wirtschaftsweise aussieht.

Rezension

In der Ökonomie klaffen Theorie und Praxis immer weiter auseinander. Volkswirtschaften entwickeln sich anders, als die Volkswirtschaftslehre es erklären kann. Wir brauchen eine neue theoretische Basis, fordern Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt – und zwar eine, die dem Staat eine Rolle als maßgeblicher gesamtwirtschaftlicher Akteur einräumt. Die fundierte makroökonomische Argumentation der Autoren ist in diesen makroökonomisch bewegten Zeiten ein ambitioniertes Unterfangen, das für jeden Volkswirt seinen Reiz haben sollte. Das Faszinierende an den Erkenntnissen und Vorschlägen ist, dass sie sich nicht als Resultat einer zeitgenössischen Keynes-Exegese abtun lassen. Denn bei aller Abstraktheit ökonomischer Begrifflichkeiten gelingt es den Autoren, den Blick auf der Realwirtschaft zu halten. *getAbstract* ist der Meinung, dass sich die ökonomischen Widersprüche unserer Zeit mit diesem Buch besser verstehen lassen als mit manchem Klassiker.

Zusammenfassung

„Wer auf dem theoretischen Fundament des Wirtschaftsliberalismus eine historische oder politische Analyse vornimmt, liegt zwingend falsch.“

„Wir benötigen eine neue Ökonomik, die dem Staat auf der Basis einer vorurteilsfreien Diagnose die umfassende Rolle zuweist, die der Liberalismus so vehement bekämpft.“

Liberales propagieren eine Scheinwelt

Die ungeordnete Globalisierung der vergangenen 40 Jahre basiert auf der politischen und ökonomischen Idee des Liberalismus – die eigentlich gut klingt: Von staatlichen Zwängen und Grenzen befreit, würden die Menschen individuell agieren, sich auf Märkten organisieren, die wirtschaftliche Effizienz vorantreiben und auf politischer Ebene Demokratie und Frieden bewirken. Die Umsetzung dieser Idee ist gescheitert. Dem Liberalismus gelingt es nicht, die Balance zwischen Freiheit und Gleichheit zu wahren – geschweige denn, seine eigenen Fehler und Schwächen zu erkennen und zu korrigieren. Besonders krass ist das Versagen der Liberalen in ihrem Kernbereich. Ihre ökonomische Theorie, die Neoklassik, fußt auf fundamentalen Irrtümern. Die meisten Ökonomen folgen dennoch weiter deren Modellen und empfehlen neoliberale Rezepte. Ihr Mantra sind Forderungen nach flexiblen Preisen und Löhnen, unabhängigen Notenbanken und freiem Handel. Länder, die sich an diese Empfehlungen halten, lösen damit jedoch keine Probleme, sondern schaffen welche. Das gilt ganz besonders für Deutschland.

Neoklassische Fehler

Ein elementarer Fehler der Neoklassik ist die Annahme der Mikrofundierung, derzufolge die Spartätigkeit des Einzelnen über die Investitionen der ganzen Volkswirtschaft entscheidet. Die Behauptung, dass Zinsen sinken und Firmen mehr investieren, wenn mehr gespart und weniger konsumiert wird, ist schlicht falsch. Wenn die Bevölkerung weniger konsumiert, sinkt die Nachfrage nach Produkten. Entsprechend investieren die Unternehmen gerade nicht, sondern sie entlassen Arbeitskräfte. Dass Unternehmen mehr investieren, haben auch andere neoliberale Konzepte nicht herbeiführen können, weder Niedrigzins, Lohnzurückhaltung, steigende Unternehmensgewinne noch Steuersenkungen. Stattdessen ist der Unternehmenssektor vom Kreditnachfrager zum Sparer geworden – ein absolutes Unding in einer Marktwirtschaft. Da in Deutschland auch der Staat auf die Seite der Sparer gewechselt ist, gibt es nur noch einen Sektor, der den Nachfrageausfall kompensieren kann:

„Die Idee, dass jeder Eingriff in den freien Handel schädlich und ineffizient ist, ist einfach falsch.“

„Durch die Forderung nach Lohnsenkungen in Hochlohnländern wird implizit versucht, die Chancen der Entwicklungsländer zum Aufholen zu schmälern oder sie ihnen gar gänzlich vorzuenthalten.“

„Der Preis für Arbeit kann kein Marktergebnis sein, weil die Annahme von unabhängigen Angebots- und Nachfragefunktionen im Bereich Arbeitsbeziehungen mit der Realität nichts zu tun hat.“

„Nur wenn die Löhne steigen, kann auch die Nachfrage nach Arbeit ausreichend zulegen.“

das Ausland. In den anderen europäischen Ländern und den USA übernimmt der Staat als Schuldner immer stärker diese Aufgabe. Wenn Firmen sparen, ist es kein Wunder, dass der Staat als Nachfrager einspringt und die Staatsverschuldung steigt.

Die neoklassische Lehre nutzt als Modellannahme den Homo oeconomicus. Im statischen System der Neoklassik analysiert dieser Handlungsoptionen wie ein Roboter und wählt zwangsläufig eine aus. Volkswirtschaften sind jedoch dynamische Systeme, in denen die Zukunft nicht verläuft wie vorprogrammiert. Es war ein Fehler der Keynesianer, die Neoklassik als ebenbürtige Rivalin zu betrachten, statt sie als unwissenschaftliche Kunstlehre ohne Realitätsbezug zu entlarven. Die Neoklassik blendet die gesamtwirtschaftliche Dimension völlig aus, übersieht etwa, dass eine Lohnsenkung einen Wettbewerbsvorteil verschafft, aber gleichzeitig einen Nachfrageausfall bewirkt.

Globalisierung ist kein Allheilmittel

Nach der neoklassischen Theorie müsste China Handys mithilfe vieler billiger Arbeiter herstellen, weil diese dort reichlich vorhanden sind, während westliche Firmen automatisiert, also kapitalintensiv produzieren. In Wirklichkeit produzieren Firmen, die in China investiert haben, dort mit derselben Hochtechnologie wie anderswo. Sie kombinieren die niedrigen Löhne mit der hohen Produktivität und machen riesige Gewinne. Der Neoklassik zufolge sind solche Extragewinne unmöglich, doch in der Realität sind sie nicht zu übersehen: 60 bis 70 Prozent aller Exporte Chinas stammen nicht etwa von chinesischen Firmen, sondern von westlichen Firmen, die dort produzieren.

Ökonomische Lehrbücher zeichnen ein veraltetes Bild vom Handel. Ihre Modelle mit in der Regel zwei Gütern abstrahieren von der breiten Palette, die tatsächlich gehandelt wird. Richtig ist, dass die Lohnstückkosten darüber bestimmen, welche Waren Hochlohnländer aus Niedriglohnländern beziehen oder in diese liefern. Falsch ist, dass wir künftig alle Güter aus Billiglohnländern beziehen werden. Nicht jeder freie Handel ist effizient und zum Wohl beider Seiten. Die Abwehr von Warenströmen kann gerechtfertigt sein – etwa in Reaktion auf Lohnsenkungen in Hochlohnländern, die wie protektionistische Maßnahmen wirken.

Der Exportweltmeister gehört an den Pranger

Deutschlands Wirtschaftspolitik ist der Grund, warum Europa ökonomisch am Scheideweg steht. Statt dass wie in anderen Länder die Nominallohne nach der „Goldenen Regel“ angehoben wurden, das heißt um die Produktivitätszuwächse und die Inflationsrate, ist der Anstieg der Reallöhne seit den 1990er-Jahren hinter dem der Produktivität zurückgeblieben. Darum fehlt im Inland Nachfrage. Das hat sich nur deswegen nicht negativ ausgewirkt, weil das Ausland den Nachfrageausfall kompensiert hat. Aufgrund der Währungsunion hat Deutschland keine durch diese Entwicklung induzierte Aufwertung der Währung zu fürchten. Im EU-Binnenmarkt können sich die anderen Länder gegen den deutschen Unterbietungswettbewerb nicht mit Importzöllen schützen. Die Leistungsbilanzdefizite dieser Länder bedeuten, dass Deutschland netto von diesen mehr Geld erhält, als es an diese überweist. Indem Deutschland unter seinen Verhältnissen lebt, nötigt es andere, über ihre Verhältnisse zu konsumieren. Diesen Merkantilismus verfolgen auch die Schweiz und die Niederlande. Es können aber nicht alle Länder Überschüsse haben oder Gläubiger sein. Die Handelsbilanzsalden auf der Welt ergeben unterm Strich null.

Kein Markt ohne Staat

Der Staat als wirtschaftlicher Akteur ist in der Realität viel wichtiger als in der neoklassischen Theorie. Märkte brauchen staatliche Institutionen. Die Bedeutung des Staates geht weit über die Rolle des Regelsetzers und Reparaturbetriebs hinaus, die Liberale ihm

„Das Sparen der Welt insgesamt ist immer genau gleich null.“

„Austerität ist falsch und gefährlich.“

„Der Unternehmenssektor als Nettosparer und das Ausland als einziger Schuldner sind eine in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Fehlentwicklung der Marktwirtschaft.“

„Zugespitzt könnte man formulieren: Wir brauchen Mandarine der Demokratie.“

zugestehen. Einzelwirtschaftliche Akteure sind nicht in der Lage, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu überblicken, geschweige denn zu steuern. Hierfür kommt nur der Nationalstaat infrage. Erst auf Nationalstaatsebene lassen sich makroökonomisches Handeln und internationale Kooperation organisieren. Damit sich staatliches Handeln am Gemeinwohl orientiert, muss es demokratisch sein. Die Public-Choice-Theorie irrt in der Annahme, dass Politiker und Beamte in erster Linie eigennützig handeln. Die Dominanz der neoklassischen Ökonomik ist ein Rückschritt. Mit dem System von Bretton Woods, das von John Maynard Keynes mitgestaltet wurde, war sie bereits überwunden. In den 1970er-Jahren ging jedoch der Blick für die Regelbedürftigkeit der ökonomischen Beziehungen verloren; angesichts von Stagnation und Inflation galt der Keynesianismus als Auslaufmodell. Neoliberalismus und Monetarismus – der Glaube an die technokratische Beherrschung der Inflation per Geldmengensteuerung – lösten ihn ab.

Der Arbeitsmarkt ist kein Markt

Der Lohn – der Preis für Arbeit – ist neben dem Zins der wichtigste Preis einer Marktwirtschaft. Es ist fatal, Löhne je nach Konjunktur flexibel festzusetzen. Wenn Löhne etwa in der Krise sinken, bricht die Binnennachfrage weg – und das verschärft die Krise. Darum hat die Austeritätspolitik, beispielsweise in Griechenland, keinen Erfolg. Die kollektive Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer ist mit dem Rückzug der Flächentarifverträge viel zu schwach geworden, um binnenwirtschaftlich notwendige Lohnzuwächse zu erzielen. Die Grenzproduktivität kann nicht als Maßstab für die Lohnhöhe dienen. Es gibt nämlich keine individuelle Produktivität: Ein Arbeitnehmer hat, je nachdem, wo er eingesetzt wird, eine andere Produktivität. Sinnvoller ist es, sich am marktüblichen Lohn zu orientieren, der langfristig von der Produktivität bestimmt wird und auch auf weniger produktive Branchen ausstrahlt. Die kollektive Festlegung von Löhnen ist gerechtfertigt, da es in arbeitsteiligen Gesellschaften immer schwieriger wird, Leistungsanteile individuell zu bestimmen. Die Zuwanderung darf nicht solche Ausmaße annehmen, dass das Lohnniveau sinkt.

Herzlich willkommen, Kollege Roboter

Die Angst vor kommender Massenarbeitslosigkeit ist nur begründet, wenn Digitalisierung und Automatisierung nach neoliberalen Muster verlaufen. Erhöht Technologie die Produktivität, so steigt grundsätzlich das Einkommen der Gesellschaft. Damit deren Mitglieder sich aber mehr Freizeit und mehr Güter leisten können, müssen die Einkommen entsprechend verteilt werden. Weltweit steigende Reallöhne würden dafür sorgen, dass der technische Fortschritt zugunsten und nicht zulasten der Arbeitnehmer verläuft. Arbeitskräfte müssen nicht flexibel sein im Hinblick auf ihren Lohn, sondern sie müssen anpassungsfähiger werden und sich in neue Jobs weiterqualifizieren. Unproduktive Jobs werden auch durch tariflich abgesegnete Lohnsenkungen nicht zukunftssicher.

Währungssystem statt Wechselkursschwankungen

Der wichtigste Faktor zur Bestimmung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist die Inflation. Diese beruht auf der Veränderung der Lohnstückkosten. Anders als oft behauptet, kommt es nicht auf die Bereinigung von Produktivitäts- oder Lohnunterschieden, sondern auf den Ausgleich der Inflationsraten an. Das ist Aufgabe eines effizienten Währungssystems. Flexible Wechselkurse sind keine Dauerlösung. Würden die realen Wechselkurse relativ konstant bleiben, könnte der konflikträchtige Wettbewerb von Staaten untereinander vermieden werden. Unternehmen sollen selbstverständlich im Wettbewerb stehen, nicht jedoch Staaten. Länder dürfen ihren Unternehmen auch keine ungerechtfertigten Kostenvorteile verschaffen, etwa indem sie die Steuern senken. Ein Land, das seine Produktivität erhöht, soll den Einkommenszuwachs im Inland wirken lassen. Wer Preise senkt, dessen Währung wertet auf, was den Effekt auf andere Länder abfedert. Ein

solches Währungssystem könnte auch die verbreitete Währungsspekulation eindämmen. Diese sorgt dafür, dass Währungen aufwerten, die eigentlich abwerten müssten.

Geld und Staat – untrennbar

Der Staat spielt auch im Geldwesen eine zentrale Rolle. Der Zins ist ein vollständig vom Staat gesteuerter Preis. Mit dem Bruttoinlandsprodukt steigt auch die Staatsverschuldung – das ist unproblematisch. Um ein stabiles Zinsniveau zu erreichen, muss die Zentralbank jede Geldnachfrage zu ihrem Zins erfüllen, also auf Geldmengensteuerung verzichten. Geldpolitik kann sich unmöglich an quantitativen Vorgaben orientieren, wie es Monetaristen und auch Vollgeld-Befürworter fordern. Es macht keinen Unterschied, ob eine Zentralbank Staatsausgaben direkt oder indirekt über Banken finanziert. Für die Finanzmarktstabilität ist es gerade wichtig, dass Staatsanleihen immer – auch mithilfe der Zentralbank – bedient werden und dass alle Marktteilnehmer dies wissen.

Die Reform der Bankregulierung nach der Krise ist halbherzig. Höheres Eigenkapital senkt zwar das Konkursrisiko, verhindert jedoch keine Spekulationsblasen. Besitzer von Derivaten – das sind besonders riskante Investments – sind sogar von einer Haftung im Bankpleitefall ausgenommen. Die Verstaatlichung von Banken wäre ein Weg, riskantes Geschäftsgebaren zu verhindern. Sinnvoller als die Versuche, die Haftung von Banken zu erhöhen, ist die Trennung des Investmentbankings vom Kredit- und Einlagengeschäft. So könnten Banken ihre Geldschöpfung nicht mehr für Finanzmarktspekulationen nutzen.

Moderne Wirtschaftspolitik und die Rolle des Staates

Wir benötigen keinen Systemwechsel, doch der Staat muss dafür sorgen, dass Unternehmen wieder mehr investieren. Dazu sollte er die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer stärken und die Unternehmenssteuern erhöhen. Eine Indexierung der Lohnanpassung würde bewirken, dass die Löhne mit der Produktivität steigen. Die Entlastung der Besserverdienenden hat keine Investitions- und Produktivitätszuwächse gebracht, sondern funktionslose Gewinne ermöglicht. So verdient Monopolgewinne für innovative Unternehmer sind, so ungerechtfertigt sind sie für Lohndrücker. Darum ist der Spitzensteuersatz wieder zu erhöhen, wenn auch für höhere Einkommen als heute. Mit Vermögens- und Erbschaftssteuern lassen sich leistungslose Einkommen abschöpfen. Managergehälter sind zu deckeln.

Fiskal- und Geldpolitik sollten den Strukturwandel fördern und Vollbeschäftigung anstreben. Umweltschutz ist ein Gut, dessen Produktion der Staat anregen sollte. Ein weltweites Währungssystem muss abrupte Wechselkursänderungen verhindern. Zentralbanken müssen aufhören, Umverteilungen zugunsten der Arbeitnehmer auszubremsen. Mit steigender Arbeitsteilung sind die Menschen immer weniger in der Lage, ihre Bedürfnisse selbst zu befriedigen. Darum erhöht sich ihre Abhängigkeit von der Daseinsvorsorge durch den Staat. Ansehen und Gehalt im öffentlichen Dienst sollten hoch genug sein, um die Besten zu gewinnen. Damit der Staat anstelle des Auslands die Spartätigkeit des privaten Sektors aufnehmen kann, muss die Schuldengrenze weg. Der Staat kann in beliebiger Menge Geld schöpfen und es einsetzen.

„Was der Staat in einer Marktwirtschaft ohne Weiteres garantieren kann, ist, dass jeder einen neuen Arbeitsplatz zur Verfügung hat, wenn er aufgrund der strukturellen Veränderungen ‚seinen‘ bisherigen verliert.“

„Wir sind weit davon entfernt, einer staatlichen Planwirtschaft das Wort zu reden.“

Über die Autoren

Der Ökonom **Heiner Flassbeck** war 1998/99 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Danach war er Chefvolkswirt der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD). Zusammen mit dem ehemaligen Banker **Paul Steinhardt** ist er Herausgeber des Magazins *Makroskop*.